

Landminenmonitor 2017

Major Findings

Vor zwanzig Jahren wurde der Vertrag über ein Verbot von Anti-Personen-Minen verhandelt und unterzeichnet. Auch heute noch ist er ein voller Erfolg und rettet zahlreiche Leben.

Der *Landminenmonitor 2017* berichtet über die Fortschritte, die im letzten Jahr auf dem Weg zu einer minenfreien Welt gemacht wurden.

162 Staaten setzen den Minenverbotsvertrag um und selbst die meisten der 35 Nicht-Vertragsstaaten erfüllen die wichtigsten Punkte des Vertrages.

Eine kleine Anzahl an Staaten und nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen setzt Anti-Personen-Minen – darunter improvisierte Sprengsätze – allerdings noch ein. Dies führte im Jahr 2016 zu einer besonders hohen Anzahl an Opfern.

In vielen Ländern werden nach wie vor verminte Gebiete geräumt. Dabei stieg im Jahr 2016 die internationale Finanzierung der Minenaktionen an.

Voraussichtlichen werden dennoch nur wenige Vertragsstaaten ihre Räumungsfristen einhalten können. Außerdem ist die Versorgung der Überlebenden nach wie vor ungenügend.

Inhalt

| | |
|--|---|
| Einsatz | 2 |
| Opfer | 2 |
| Kontaminierung und Räumung | 3 |
| Unterstützung für Minenaktionen | 4 |
| Opferhilfe | 5 |
| Zerstörung von Lagerbeständen, Produktion und Transfer | 5 |
| Vertragserfüllung..... | 6 |

Einsatz

Zwischen Oktober 2016 und Oktober 2017 bestätigte der Landminenmonitor neue Einsätze von Anti-Personen-Minen durch die Regierungstreitkräfte von Myanmar und Syrien. Keines der Länder ist Mitglied des Verbotsvertrages.

- Regierungstruppen Myanmars verlegen regelmäßig seit vielen Jahren Anti-Personen-Minen, syrische Regierungstruppen seit 2012.
- Im Berichtszeitraum gab es keine Vorwürfe zum Einsatz von Anti-Personen-Minen durch Mitgliedsstaaten des Verbotsvertrages.

Nicht-staatliche bewaffnete Gruppen setzten Anti-Personen-Minen in mindestens neun Ländern ein – unter anderem in den Vertragsstaaten Afghanistan, Irak, Nigeria, Ukraine und Jemen.

- Zum ersten Mal seit Erstveröffentlichung des Landminenmonitors im Jahr 2009 gab es im Berichtszeitraum keine neuen Einsätze von Anti-Personen-Minen durch nicht-staatliche bewaffnete Gruppen in Kolumbien.
- Der flächendeckende Einsatz von improvisierten Minen durch den IS führte zu neuen Opfern und neuer Kontamination.

Opfer

2016 markierte bereits das zweite Jahr in Folge, in dem eine außergewöhnlich hohe Anzahl an Menschen durch Landminen – und improvisierte Sprengsätze, die wie Minen wirken, Blindgänger von Streubomben sowie andere explosive Kriegsreste – getötet oder verletzt wurden.

- 2016 verzeichnete der Monitor 8.605 Opfer von Minen und explosiven Kriegsresten. Von diesen wurden mindesten 2.089 getötet.
- Diese hohen Zahlen sind vor allem auf die zahlreichen Opfer in den bewaffneten Konflikten in Afghanistan, Libyen, Ukraine und Jemen zurückzuführen. Präzise Daten in aktiven Konflikten zu generieren, ist allerdings eine große Herausforderung.
- Bereits im Jahr 2015 gab es einen massiven Anstieg der Opferzahlen. Das Jahr 2016 verzeichnete nun die höchste Anzahl an Opfern seit 1999 (9.228), mit der höchsten Anzahl an minderjährigen Opfern und der höchsten Anzahl an Opfern durch improvisierte Minen.

In 52 Staaten und vier nicht anerkannten Gebieten wurden im Jahr 2016 Opfer dokumentiert. 35 dieser Staaten sind Mitgliedsstaaten des Verbotsvertrages.

- Die große Mehrheit der Opfer von Landminen und explosiven Kriegsresten, deren Status bekannt ist, stammt – genau wie in den letzten drei Jahren – aus der Zivilbevölkerung (78 Prozent).
- Im Jahr 2016 waren 42 Prozent aller zivilen Opfer, deren Alter dokumentiert wurde, Kinder.

- Frauen und Mädchen machten 16 Prozent aller Opfer aus, deren Geschlecht dokumentiert wurde. Das entspricht einem kleinen Anstieg im Vergleich zu 2015 und den Vorjahren.
- Seit Beginn der weltweiten Datenerhebung im Jahr 1999 verzeichnete der Monitor mehr als 110.000 Opfer von Minen und explosiven Kriegsresten – darunter 80.000 Überlebende.

Kontaminierung und Räumung

61 Staaten und Gebiete sind mit Anti-Personen-Minen verseucht (Stand November 2017).

- Darunter befinden sich 33 Mitgliedsstaaten des Verbotsvertrags, 24 Nichtmitglieder sowie 4 andere Gebiete.
- Algerien gab im Februar 2017 die vollständige Räumung bekannt. Mosambik hatte bereits 2015 die vollständige Räumung bekanntgegeben. Sowohl 2016 als auch 2017 wurden jedoch erneut Anti-Personen-Minen gefunden. Im Mai 2017 erfolgte die vollständige Räumung. Ein Restrisiko besteht jedoch in allen geräumten Gebieten.
- Besonders starke Kontaminierung mit Minen (insgesamt mehr als 100 km² pro Land) wird in Afghanistan, Angola, Aserbajdschan, Bosnien und Herzegowina, Kambodscha, Kroatien, Irak, Thailand, Tschad und der Türkei vermutet.

Im Jahr 2016 wurden laut offiziellen Angaben rund 170 km² Land von Minen befreit, was in etwa der Zahl aus dem Vorjahr entspricht.

- 2016 wurden über 232.000 Anti-Personen-Minen sowie rund 29.000 Anti-Fahrzeug-Minen zerstört. Dies ist ein deutlicher Anstieg im Vergleich zum Vorjahr.
- Die umfangreichsten Räumungen verseuchter Gebiete wurden im Jahr 2016 in Afghanistan, Kroatien, Irak und Kambodscha erreicht – gemeinsam trugen diese vier Länder zu 83 Prozent aller verzeichneten Räumungen bei.
- In den letzten fünf Jahren (2012-2016) wurden schätzungsweise 927 km² verminter Gebiete geräumt. Rund 1,1 Millionen Anti-Personen-Minen und über 68.000 Anti-Fahrzeug-Minen wurden im Rahmen der Räumungen von verminten und ehemaligen Kampfgebieten zerstört.

28 Vertragsstaaten, ein Nicht-Vertragsstaat und ein nicht anerkanntes Gebiet haben die Räumung aller verminten Regionen auf ihrem Territorium seit Inkrafttreten des Vertrags über ein Verbot von Anti-Personen-Minen im Jahr 1999 vollendet.

- Ein Staat, die Ukraine, verletzt aktuell den Artikel 5 des Minenverbotsvertrags, da die Frist zur vollständigen Räumung im Juni

2016 nicht eingehalten wurde und keine Verlängerung beantragt und gestattet wurde.

- Sowohl in Jordanien als auch in Nigeria wurden Kontaminierungen mit Minen festgestellt. Beide Länder sollten nun erklären, dass sie Verpflichtungen unter Artikel 5 haben, und eine neue Frist für die vollständige Räumung beantragen.
- Drei Vertragsstaaten haben während des 15. Treffens der Vertragsstaaten im Jahr 2016 eine Verlängerung ihrer Fristen gewährt bekommen: Ecuador, Niger und Peru. Fünf Vertragsstaaten beantragten eine Verlängerung der Fristen zur Bestätigung während der 16. Vertragsstaatenkonferenz im Dezember 2017: Angola, Ecuador, Irak, Thailand und Simbabwe.
- Nur vier Staaten scheinen auf dem Weg zu sein, ihre Verpflichtungen aus dem Vertrag bezüglich der Räumung fristgerecht zu erfüllen: Chile, Demokratische Republik Kongo, Mauretanien und Peru.

Unterstützung für Minenaktionen

Geberländer und betroffene Staaten unterstützen im Jahr 2016 mit schätzungsweise 564,6 Millionen US Dollar internationale und nationale Minenaktionen. Das entspricht einem Anstieg von 39,3 Millionen US Dollar (7 Prozent) im Vergleich zum Vorjahr.

32 Geberländer stellten 479,5 Millionen US Dollar zur **internationalen Unterstützung** von Minenaktionen in 40 Staaten und drei anderen Gebieten zur Verfügung. Das entspricht einem Anstieg von knapp 85,5 Millionen (22 Prozent) US Dollar im Vergleich zum Vorjahr.

Elf betroffene Länder gaben an, 85 Millionen US Dollar an **nationaler Unterstützung** für ihre eigenen Minenaktionsprogramme zur Verfügung gestellt zu haben. Das entspricht einem Rückgang von 46,2 Millionen US Dollar (35 Prozent) im Vergleich zu 2015. 35 Millionen US Dollar dieses Rückgangs verzeichnete ein einziges Land: Angola.

Nach drei aufeinanderfolgenden Jahren, in denen die Unterstützung jeweils zurückging (insgesamt 26 Prozent Rückgang zwischen 2012 und 2015), markierte das Jahr 2016 die dritthöchste internationale Unterstützung der letzten zehn Jahre – nach 498,9 Millionen US Dollar im Jahr 2012 und 480,4 in 2010.

- Die Top-Fünf der Unterstützer von Minenaktionen – USA, EU, Japan, Deutschland und Norwegen – trugen dabei 70 Prozent der gesamten internationalen Finanzierungen. Insgesamt gaben diese Länder 335,6 Millionen US Dollar.
- Zwanzig Länder erhöhten ihre Unterstützung im Jahr 2016, dabei trugen alleine die EU und Deutschland mit Mehrausgaben in Höhe von 55 Millionen US Dollar 64 Prozent zum Anstieg bei.

- Die Top-Fünf Empfänger – Irak, Afghanistan, Kroatien, Kambodscha und die VR Laos – erhielten 258,7 Millionen US Dollar, was 54 Prozent der gesamten internationalen Unterstützung im Jahr 2016 entspricht.
- Irak erhielt mehr Unterstützung von mehr Geberländern als alle anderen Staaten.

Opferhilfe

2016-2017 fehlten den meisten Mitgliedsstaaten des Verbotsvertrags, in denen eine bedeutende Anzahl an Überlebenden von Unfällen mit Minen lebt, die nötigen Mittel, um ihre Verpflichtungen aus dem Maputo Action Plan 2014-2019 zu erfüllen. Die folgende Analyse bezieht sich auf die 31 Mitgliedsstaaten mit einer bedeutende Anzahl an Überlebenden von Unfällen mit Minen.

- Obwohl 20 – also knapp zwei Drittel – der Mitgliedsstaaten aktive Koordinierungsmechanismen besitzen, waren Überlebendenvertretungen nur an 17 dieser koordinierenden Prozesse beteiligt. Und selbst diese Teilnahme führte oft nicht dazu, dass ihre Beiträge auch tatsächlich berücksichtigt wurden.
- Mitgliedsstaaten müssen noch immer zeigen, was sie zur Steigerung der Kapazitäten der Organisationen der Überlebenden beitragen und wie sie deren bedeutungsvolle Teilhabe an allen sie betreffenden Prozessen fördern.
- In vielen Staaten und Regionen waren die Leistungen von Rehabilitationsdiensten eingeschränkt. In entlegenen Gebieten, in denen sie dringend gebraucht wurden, waren sie nicht verfügbar oder teilweise unerschwinglich teuer. Allerdings wurde der Bau von einigen dringend benötigten Prothesenzentren 2016-2017 fertiggestellt.
- Die Zugänge zu Beschäftigung, Ausbildung und anderen einkommensgenerierenden Tätigkeiten wurden in vielen Mitgliedsstaaten in den letzten Jahren spürbar reduziert. Dadurch sind gravierende Lücken zur Deckung der Lebengrundlagen der Betroffenen entstanden.

Zerstörung von Lagerbeständen, Produktion und Transfer

Insgesamt zerstörten die Mitgliedsstaaten über 53 Millionen gelagerte Anti-Personen-Minen, davon über 2,2 Millionen im Jahr 2016.

- Weißrussland, das die Konvention seit 2008 (durch Fristüberschreitung) verletzte, schloss die Zerstörung seiner Lagerbestände im April 2017 erfolgreich ab.
- 31 der 35 Nicht-Mitgliedsstaaten des Verbotsvertrags lagern Anti-Personen-Minen.

- Im Jahr 1999 lagerten weltweit rund 160 Millionen Anti-Personen-Minen. Heute dürfte diese Zahl unter 50 Millionen liegen.
- Nicht-staatliche bewaffnete und kriminelle Gruppierungen in Afghanistan, Indien, Irak, Jemen, Libyen, Myanmar, Nigeria, Pakistan, Syrien, Ukraine und der Westsahara besitzen laut Berichten Lagerbestände.

86 Mitgliedsstaaten gaben bekannt, dass sie keinerlei Anti-Personen-Minen zurückbehalten, darunter 34 Staaten, die in der Vergangenheit Anti-Personen-Minen gelagert hatten.

- Im September 2017 zerstörte Algerien 5.970 Anti-Personen-Minen, die es für Trainingszwecke zurückbehalten hatte, und beendete damit erfolgreich sein Minenräumungsprogramm.

41 Staaten haben die Produktion von Anti-Personen-Minen eingestellt, darunter vier, die keine Mitgliedsstaaten des Minenverbotsvertrags sind: Ägypten, Israel, Nepal und die USA.

- Elf Staaten behalten sich – wie im Vorjahresbericht – das Recht vor, Anti-Personen-Minen zu produzieren: China, Indien, Iran, Kuba, Myanmar, Nordkorea, Pakistan, Russland, Singapur, Südkorea und Vietnam.
- Während die meisten dieser Länder vermutlich nicht mehr aktiv Anti-Personen-Minen produzieren, deuten neueste Erkenntnisse daraufhin, dass Indien aktiv produziert.

Im Jemen und der Ukraine wurden fabrikhergestellte Anti-Personen-Minen verwendet, obwohl im Jemen die deklarierten Lagerbestände zerstört worden waren und in der Ukraine zumindest der entsprechende Minentypus nicht mehr im Bestand sein dürfte. Es müssen also unzulässige Transfers stattgefunden haben.

- Unternehmen aus Ägypten und Indien stellten auf der internationalen Waffenmesse im Februar 2017 in Abu Dhabi Broschüren aus, in denen sie Komponenten oder ganze Anti-Personen-Minen anboten.
- Mindestens neun der Nicht-Mitgliedsstaaten haben Moratorien zur Ausfuhr von Anti-Personen-Minen: China, Indien, Israel, Kasachstan, Pakistan, Russland, Singapur, Südkorea und die USA.

Vertragserfüllung

Insgesamt sind Umsetzung und Erfüllung des Vertrags über ein Verbot von Anti-Personen-Minen seitens der Mitgliedsstaaten hervorragend. Die wichtigsten Verpflichtungen wurden in hohem Maße respektiert und wenn Unklarheiten entstanden, wurden diese zufriedenstellend geklärt. Dennoch gibt es Probleme in Bezug auf die Erfüllung einiger wenige Punkte.

- Ein Staat, die Ukraine, verstößt gegen Artikel 5 des Minenverbotsvertrags, da die Frist für die vollständige Minenräumung vom Juni 2016 nicht eingehalten und keine Verlängerung beantragt und genehmigt wurde.
- Jemen gab vor einiger Zeit zu, dass die eigenen Streitkräfte gegen den Vertrag verstoßen hatten, indem sie 2011 Anti-Personen-Minen eingesetzt hatten. Im November 2017 stehen die Untersuchungen noch aus.
- Griechenland und die Ukraine verpassten ihre Fristen zur vollständigen Zerstörung der Lagerbestände. Die Ukraine muss noch 4,9 Millionen Anti-Personen-Minen zerstören, Griechenland noch 643.267.
- 71 Mitgliedsstaaten berichteten, dass sie Anti-Personen-Minen zu Übungs- und Forschungszwecken zurückhalten. 37 dieser Staaten halten über 1.000 Minen zurück. Finnland, die Türkei und Bangladesch halten jeweils mehr als 12.000 Minen zurück.
- Nur 48 Prozent der Mitgliedsstaaten haben einen Jahresbericht für das Kalenderjahr 2016 eingereicht, was allerdings einem leichten Anstieg im Vergleich zum Vorjahr entspricht (45 Prozent). 83 Mitgliedsstaaten haben für das Kalenderjahr 2016 keinen Bericht eingereicht. Nur ein einziger Staat hat keinen Anfangsbericht eingereicht: Tuvalu (fällig am 28. August 2012).